ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Metall-Tarivertrag - Bundespost - Bundesbank - Umweltschutz - Lateinamerika

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1984) : Kurz kommentiert: Metall-Tarivertrag - Bundespost - Bundesbank - Umweltschutz - Lateinamerika, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 7, pp. 313-314

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135936

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

JUL 1985

KURZ KOMMENTIERT

Metall-Tarifvertrag

Nur geringe Beschäftigungseffekte

Zu dem längsten Metaller-Streik der Nachkriegszeit hätte es, vom Ergebnis her gesehen, nicht zu kommen brauchen. Die Tarifpartner waren jedoch nicht in der Lage, ihre Flexibilität bei der Suche nach einem für beide Seiten tragbaren Kompromiß rechtzeitig unter Beweis zu stellen. Zum Aufbruch der starren Fronten hat es des Verhandlungsgeschickes, aber vor allem der gedanklichen Flexibilität der Schlichter bedurft.

Schon in der Vergangenheit war die Metallindustrie Vorreiter bei der Verkürzung von Wochenarbeitszeiten, diesmal ist sie außerdem noch Schrittmacher für flexiblere Arbeitszeitregelungen. Ab 1. April 1985 wird die regelmäßige Wochenarbeitszeit von 40 auf 38,5 Stunden bei vollem Lohnausgleich verringert. Für Teile eines Betriebes oder einzelne Belegschaftsgruppen können durch Betriebsvereinbarungen unterschiedliche Wochenarbeitszeiten zwischen 37 und 40 Stunden festgelegt werden, wobei aber die tarifliche Arbeitszeit 38,5 Stunden pro Woche im Durchschnitt nicht überschreiten darf. Der Tarifabschluß führt für die Unternehmen zu einer Mehrbelastung von 3,3 % in diesem und ca. 6 % im kommenden Jahr.

Die Flexibilitätsregelung erleichtert den Unternehmen die Anpassung und die Beseitigung von Personalengpässen, die vor allem bei Positionen mit höheren Qualifikationsanforderungen zu erwarten sind. Ob der Spielraum von ± 1,5 Stunden ausreicht, wird sich zeigen. Die Beschäftigungseffekte werden aber bestenfalls gering sein. Zwar könnten, wie die Arbeitgeber in der Schlichtung äußerten, Arbeitszeitverkürzungen etwa im Schichtbetrieb Neueinstellungen zur Folge haben. Es ist jedoch zu befürchten, daß der Kostendruck im nächsten Jahr zu einem Rationalisierungsdruck führt, unter dem dann, wenn nicht im Schichtbetrieb selbst, so doch an anderer Stelle, Arbeitskräfte eingespart werden. dw

Bundespost

Kein Handlungsbedarf?

Der jüngst vorgelegte Bericht des Bundesrechnungshofes über die von Postminister Schwarz-Schilling geplante flächendeckende Verkabelung der Bundesrepublik hat auch bei wohlmeinenden Beobachtern Ernüchterung einkehren lassen. Die vier gravierenden Kritikpunkte des Rechnungshofes betreffen die zu niedrigen Kostenansätze je Übergabepunkt, die überhöhte Schätzung der durchschnittlichen Zahl der Anschlüsse je Übergabepunkt, die zu gering veranschlagten Personal- und Betriebskosten und nicht zuletzt die unterstellte hohe Akzeptanz in der Bevölkerung – zumal bis jetzt keine zuverlässigen Erkenntnisse über die tatsächliche Anschlußwilligkeit der Haushalte vorliegen. Gleichwohl sieht der Postminister seine Position durch die Kritik nicht widerlegt und hat erklärt, keinen Handlungsbedarf zu erkennen. Um so mehr verwundert es dann allerdings, daß an die Stelle der Totalverkabelung nun eine Kombination aus Verkabelung der Ballungsgebiete und Bestrahlung der übrigen Regionen durch Fernmeldesatelliten treten soll.

Auch wer nicht geneigt ist, allen Einwänden des Bundesrechnungshofes Rechnung zu tragen, wird anerkennen, daß Investitionsprojekte sorgfältig geplant werden müssen. Die überhastet wirkende Reaktion der Post auf die Kritik erweckt dagegen eher den Eindruck, daß über kostengünstigere Alternativen bisher zu wenig nachgedacht worden ist. Ein Mangel an Planung zeigt sich auch bei den traditionellen Diensten, wie die wachsende Unzufriedenheit der Postkunden und die erfolgreiche private Konkurrenz verdeutlichen. Zur Zeit besteht also tatsächlich kein unmittelbarer Handlungsbedarf. Um so dringlicher wäre dagegen ein gründliches Nachdenken über die alten und neuen Aufgaben der Bundespost. hn

Bundesbank

Allzeit bereit

An den Finanzmärkten herrschte zunächst eine gewisse Verblüffung, nachdem die Bundesbank unlängst ihr recht kunstvoll geschnürtes Maßnahmenpaket vorgelegt hatte. Kaum jemand wußte die tatsächlichen Absichten der Bundesbank auf Anhieb zu deuten, als sie den Diskontsatz von 4 % auf 4 ½ % erhöhte, gleichzeitig ein relativ günstiges Wertpapierpensionsgeschäft anbot und zudem noch die Rediskontkontingente der Banken um 8 Mrd. DM anhob. Die offizielle Verlautbarung, die Erhöhung des Diskontsatzes bedeute keine Verschärfung der Geldpolitik, sondern habe zum Ziel, diesen Notenbankzinssatz wieder etwas näher an die – vom unverändert bleibenden Lombardsatz von 5,5 %

bestimmten – Geldmarktsätze heranzuführen, konnte offensichtlich nicht so recht befriedigen, sah sich doch ein Mitglied des Direktoriums anläßlich eines Vortrags an der Frankfurter Universität zu klärenden Worten veranlaßt.

Sicher hätte die Bundesbank die Bankenliquidität auch geräuschloser bereitstellen können; beispielsweise durch eine Offenmarktpolitik nach klassischem Vorbild, bei der einfach und unauffällig Wertpapiere angekauft werden. Wer sich nun aber daran stört, daß die Bundesbankmaßnahmen offensichtlich so „sophisticated" geworden sind, daß sie der Erläuterung vor universitären Zirkeln bedürfen, verkennt, daß die Notenbankpolitik augenscheinlich zu den hohen Künsten zählt. Immerhin ist es der Bundesbank gelungen, zu demonstrieren, daß sie allzeit bereit ist, auf Entwicklungen, sei es am Devisenmarkt oder sei es in der Binnenkonjunktur, zu reagieren, ohne dabei effektiv den Kurs ändern zu müssen. gm

Umweltschutz

Starke Worte

Auf der Münchner Umweltkonferenz wurde ein auf den ersten Blick beachtliches Ergebnis erzielt: Die Teilnehmer aus 31 Ländern in Ost und West verliehen ihrer tiefen Besorgnis über die bereits eingetretenen Umweltschäden Ausdruck, identifizierten Schwefeldioxid und Stickoxide als maßgebliche Verursacher und vereinbarten die Verstärkung von Maßnahmen zur Verringerung der Luftverschmutzung.

Bei der Verpflichtung auf konkrete Ziele entsprach der Tatendrang allerdings nicht mehr der erkannten Bedeutung des Umweltschutzes. Die einzige zahlenmäßige Festlegung, die Verringerung der Schwefeldioxidemissionen bis 1993 um 30 %, wollten bisher nur 18 Länder unterschreiben. Einige unter ihnen meinen dabei ausdrücklich nur die grenzüberschreitenden Ströme, eine angesichts der auftretenden Meßprobleme wesentliche Einschränkung. Bei den Stickoxiden einigte man sich lediglich auf die Formel, den Ausstoß bis 1995 wirksam zu verringern. Der angebliche politische Anstoß zur Reduzierung der Autoabgase ist ebenfalls nicht so recht zu erkennen. Erreicht wurde hier lediglich die Absprache, gemeinsame Strategien zu erarbeiten.

Die Ansicht des Vorsitzenden, alle beteiligten Länder hätten den ernsthaften Willen, die Luftverschmutzung spürbar zu senken, mag durchaus zutreffen. In der Abschlußvereinbarung findet man hierzu in der Tat genügend Bekenntnisse. Es fehlen jedoch bindende Verpflichtungen. Dies weckt die Erinnerung an die erste UN-Umweltkonferenz von 1972, auf der schon einmal alle Staaten schnelles und entschlossenes Handeln angekündigt hatten. Im nachhinein erwies sich die Veranstaltung jedoch lediglich als Forum zur Selbstdarstellung der Beteiligten, von dem kaum politische Handlungsanstöße ausgingen. ma

Lateinamerika

Droht ein Schuldnerkartell?

Die Botschaft der Schuldnerkonferenz von Cartagena, an der Ende Juni die Finanz- und Außenminister elf lateinamerikanischer Staaten teilnahmen, war klar: Die von den Schuldnerstaaten durchgeführten Austerity-Programme erwiesen sich als nutzlos, da sie durch die Wirtschaftspolitik der USA und anderer Industriestaaten zunehmend zunichte gemacht würden. Der Anstieg der Zinssätze im letzten Jahr, die Handelsbarrieren gegen Importe aus den Entwicklungsländern und verfehlte IWF-Kreditbedingungen trieben die Schuldnerstaaten vielmehr immer tiefer in die Rezession.

Klar ist auch, welche Absicht diese einseitige und unvollständige Lagebeurteilung aus Schuldnersicht verfolgt: Die Schuldenproblematik soll zu einem Problem der internationalen Politik erklärt werden, dessen Ursachen hauptsächlich von den Gläubiger- und nicht von den Schuldnerländern zu verantworten sind. Die Lösung liegt nach dieser Auffassung denn auch nicht in weiteren Anpassungsanstrengungen der Schuldner, sondern in internationalen Verhandlungen. Die Industriestaaten haben solche Verhandlungen bislang stets abgelehnt. Ihre Erzwingung und die Durchsetzung der in Cartagena erhobenen Forderungen (z. B. die sofortige Senkung der Zinssätze und ihre langfristige Festschreibung sowie eine Reform des IWF) erfordert Verhandlungsmacht, über die kein Schuldnerstaat für sich genommen verfügt. War die Schuldnerkonferenz von Cartagena daher die Vorstufe eines Schuldnerkartells, das z. B. wirkungsvoll mit einer einseitigen Zahlungseinstellung drohen könnte?

Einige Konferenzteilnehmer dementierten diese Schlußfolgerung sofort. Und tatsächlich erscheint sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt übereilt: Die beiden größten Schuldnerländer, Mexiko und Brasilien, gaben sich betont gemäßigt. Sie betreiben seit Jahren eine schmerzhafte, aber auch erfolgreiche Anpassungspolitik und wollen sich gerade von Scharfmachern wie z. B. Argentinien, das bislang keine ernsthaften eigenen Sanierungsbemühungen unternommen hat, nicht in unkalkulierbare Abenteuer stürzen lassen. er